

Teilnahmeantrag
im
Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
nach der EU VOB/A

Projekt: Veräußerung des ehemaligen Krankenhausareals in Neuenbürg

Leistungen: Investorenwettbewerb auf dem Gelände des früheren Krankenhauses Neuenbürg

Bewerber:

Abgabetermin: 16.11.2026, 12:00 Uhr

Auftraggeber: RKH Enzkreis-Kliniken gGmbH
Herr Fabian Bunzel
Klinikgeschäftsführer
Hermann-Hesse-Straße 34
75417 Mühlacker

Antrag auf Teilnahme am Vergabeverfahren nach der EU VOB/A

Die zutreffenden Felder bzw. Spalten sind auszufüllen oder anzukreuzen. Der Auftraggeber wird nur die im Bewerbungsbogen geforderten Angaben, Unterlagen bzw. Nachweise werten. Darüberhinausgehende Erläuterungen im Anschreiben des Bewerbers oder weitere und zusätzliche und nicht geforderte Publikationen (Imagebroschüren, etc.) werden nicht berücksichtigt und nicht in die Bewertung einbezogen.

Die Unterlagen für das gesamte Vergabeverfahren stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang im elektronischen Vergabeportal gebührenfrei zur Verfügung.

ANLAGENVERZEICHNIS

Nummerierung, Anzahl der Seiten und Bezeichnung der Anlage (Inhalt) bitte einfügen.

Nr.	Bezeichnung der Anlage	Nr.	Bezeichnung der Anlage

A. Allgemeine Informationen zum Teilnahmewettbewerb

I. Teilnehmer am Vergabeverfahren

Die Vergabe der Leistungen für den Investorenwettbewerb auf dem Gelände des früheren Krankenhauses Neuenbürg erfolgt im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb nach der EU VOB/A.

Der Auftrag kann an Einzelbewerber oder an Bewerbergemeinschaften vergeben werden. Bewerbergemeinschaften können den Teilnahmeantrag gemeinsam oder für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft in gesonderten Anträgen abgeben. Dieser Teilnahmeantrag enthält bei der Abfrage der einzelnen Informationen ggf. notwendige Hinweise für die konkrete Vorgehensweise von Bewerbergemeinschaften beim Ausfüllen des Teilnahmeantrags.

Bewerbergemeinschaften haben mit dem Teilnahmeantrag eine Erklärung über die Bildung einer Bewerbergemeinschaft vorzulegen (Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall nach §§ 705 ff. BGB. Hiermit erklären die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, dass sie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften. Weiter haben die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft mit der Erklärung ihren bevollmächtigten Vertreter sowie die Zuständigkeit der einzelnen Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zu benennen. Eine entsprechende „*Bewerbergemeinschaftserklärung*“ wird als Anlage 1 beigefügt und ist ggf. mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sind unzulässig und führt zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffenen Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren. Die Bildung von Bewerbergemeinschaften ist nur bis zum Bewerbungsschluss für die Teilnahmeanträge zulässig.

Für die Bewerbungen sind ausschließlich die Formblätter im digitalen Projektraum zu verwenden. **Die Bewerbungen sind elektronisch in Textform nach § 126b BGB über die Projektplattform einzureichen. Bewerbungen ausschließlich in Papierform, per Fax oder E-Mail oder über**

nicht dafür vorgesehene Funktionen der Projektplattform (etwa das Kommunikationsmodul) sind nicht zulässig.

Die Möglichkeit der Eignungsleihe gilt auch bei Bewerbergemeinschaften und bezüglich von Nachunternehmern entsprechend den Vorschriften des § 6d EU Abs. 2 VOB/A. Sofern von der Eignungsleihe Gebrauch gemacht wird, ist die „*Verpflichtungserklärung Eignungsleihe nach § 6d EU Abs. 2 VOB/A*“ zu verwenden. Diese wird als Anlage 2 beigefügt und ist ggf. mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

Die Eignungsnachweise können in Form von Eigenerklärungen (Präqualifikationsverzeichnis, Vorlage von Einzelnachweisen in Form von Eigenerklärungen) erbracht werden. Der Auftraggeber akzeptiert die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE). Wenn dies zur angemessenen Durchführung des Verfahrens erforderlich ist, kann der Auftraggeber die Bewerber, die eine Eigenerklärung abgegeben haben, jederzeit während des Verfahrens auffordern, sämtliche oder einen Teil der Nachweise beizubringen.

Der Auftraggeber fordert in jedem Fall vor Zuschlagserteilung den Bieter, an den der Auftrag erteilt werden soll und der bislang nur eine Eigenerklärung als vorläufigen Nachweis vorgelegt hat, auf, die einschlägigen Nachweise unverzüglich beizubringen.

II. Auswahl der Teilnehmer

Das vorliegende europaweite Vergabeverfahren ist ein zweistufiges Verfahren nach der EU VOB/A. Die erste Stufe ist der Teilnahmewettbewerb, die zweite Stufe das eigentliche Verhandlungsverfahren, an dem nur noch die geeigneten Bewerber teilnehmen.

Die Entscheidung über die Auswahl der Bewerber, die aufgefordert werden, am Wettbewerb weiter teilzunehmen, erfolgt in zwei Wertungsschritten.

- Zunächst wird formal geprüft, ob die nachfolgend geforderten Eignungsnachweise vollständig vorliegen. Das Fehlen eines geforderten Nachweises kann zum Ausschluss führen.

- Danach wird die grundsätzliche Eignung des Bewerbers anhand der geforderten Nachweise inhaltlich überprüft.

Die Einzelheiten zum Vorgehen bei der Bewertung sind in der EU-weiten Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union, im weiteren Verlauf dieses Teilnahmeantrags und in der Anlage 3 „Wertungsmatrix Teilnahmewettbewerb“ festgelegt.

Im Ergebnis des Teilnahmewettbewerbs werden maximal drei Bewerber, die am besten geeignet sind, zur Abgabe eines Angebots aufgefordert.

Den höchstens drei qualifizierten Bewerbern der Stufe 1 werden sodann nochmals die Vergabeunterlagen für die Stufe 2 bereitgestellt. Die übrigen Bewerber werden entsprechend der vergaberechtlichen Erfordernisse über ihre Nichtberücksichtigung informiert.

Für den Fall, dass mehr als drei Bewerber die Eignungsanforderungen erfüllen, erfolgt eine Auswahl entsprechend den Eignungskriterien wie folgt:

- Zur Gewichtung der einzelnen Eignungsnachweise sind die jeweiligen Klammerzusätze aufgenommen.
- Es findet eine vergleichende Wertung der Teilnahmeanträge statt. Für die entsprechend gewichteten Eignungskriterien erfolgt eine Bewertung nach einer Punkteskala von 0 bis 5 Punkte, deren Anforderungen für die entsprechenden Kriterien transparent in weiteren Verlauf des Teilnahmeantrags aufgenommen sind.
- Die erreichte Punktzahl in dem jeweiligen Eignungskriterium wird sodann mit der Gewichtung multipliziert und ergibt die gewichtete Punktezahl.
- Grundlage für die Auswahl der maximal drei Bewerber im Teilnahmewettbewerb sind die im Ergebnis höchsten Punktzahlen (Addition aller gewichteten Kriterien).
- Gibt es hier einen Gleichstand, kann der Auftraggeber die Entscheidung per Los treffen.

Für die Bewerberauswahl werden nur die geforderten Nachweise berücksichtigt. Darüberhinausgehende Unterlagen sind nicht erwünscht

III. Hinweise zur Datenerhebung

Die RKH Enzkreis-Kliniken gGmbH fragt beim Bewerber personenbezogene Daten der Projektleitung an. Es wird darauf hingewiesen, dass diese abgefragten Angaben zur Person freiwillig sind und dass eine Einwilligungserklärung der betroffenen Person beizulegen ist.

Fehlende Angaben zu diesen Punkten können gegebenenfalls zu einer schlechteren Bewertung im Rahmen der Eignungsprüfung führen.

Die Bewerber werden darauf hingewiesen, dass sie im Rahmen des Vergabeverfahrens gegenüber ihrer Projektleitung und Mitarbeitenden zum Datenschutz in Bezug auf deren personenbezogene Daten verpflichtet sind. Für den Fall der Angabe dieser Daten erklärt der Bewerber, sämtliche Vorschriften des Datenschutzes im Verhältnis zu seiner Projektleitung / seinen Mitarbeitenden eingehalten zu haben und einzuhalten. Eine entsprechende „*Einwilligung zur Datenweitergabe, Datenverarbeitung und Datenspeicherung*“ wird als Anlage 4 beigelegt und ist mit diesem Teilnahmeantrag vorzulegen.

IV. Bauvorhaben

Die RKH Enzkreis-Kliniken gGmbH plant, nach der Beendigung des stationären Krankenhausbetriebs in Neuenbürg im September 2026 den Standort als (ambulantes) Gesundheitszentrum weiterzuentwickeln. Das Erdgeschoss des ehemaligen Krankenhauses ist inzwischen weitgehend belegt bzw. für konkrete Nutzungen vorgesehen (Neurologische Praxis, RKH MVZ Enzkreis-Kliniken). Parallel werden die Zulassung durch die Berufsgenossenschaft und der stufenweise Aufbau der hausärztlichen Versorgung vorangetrieben.

Neben der operativen Entwicklung des Gesundheitszentrums stellt sich die Frage nach der langfristigen immobilienwirtschaftlichen Entwicklung des gesamten Krankenhausareals. Nach eingehender Prüfung und Bewertung hat sich die RKH Enzkreis-Kliniken gGmbH entschieden, das Areal als Gesamtheit zu veräußern.

Auf Grundlage der bisherigen fachlichen Einschätzungen soll das Areal als Gesamtheit veräußert werden. Eine Aufteilung zwischen Altbau und jüngerem Bettenhaus wird aufgrund der bestehenden technischen, funktionalen und grundstücksbezogenen Verbindungen als nachteilig eingeschätzt. Zudem soll mit der Gesamtveräußerung für Investoren ein attraktives Umfeld geschaffen werden, das eine ganzheitliche Standortentwicklung erleichtert.

Die geplante Veräußerung als Gesamtareal eröffnet einem Investor zudem die Möglichkeit, ein in sich schlüssiges und wirtschaftlich tragfähiges Gesamtkonzept zu entwickeln. Unterschiedliche Gebäudebereiche und Nutzungen können miteinander verbunden, wirtschaftlich schwächere Flächen in ein übergeordnetes Gesamtkonzept integriert und notwendige bauliche Anpassungen einheitlich geplant werden.

Für das Areal des ehemaligen Krankenhauses Neuenbürg soll daher in einem Bieterverfahren nach den Vorschriften des 2. Abschnitts der VOB/A ein Grundstückskaufvertrag vergeben werden. Die RKH Enzkreis-Kliniken gGmbH hat sich zur Durchführung eines Investorenauswahlverfahrens entschieden. Ziel dieses Verfahrens ist es, das bestmögliche, wirtschaftliche, städtebauliche, architektonische und funktionale Konzept für die weitere Nutzung des Grundstücks zu finden.

Hierfür sind im Rahmen des Vergabeverfahrens Konzepte für die Nachnutzung unter Berücksichtigung der Anforderungen der RKH Enzkreis-Kliniken gGmbH auszuarbeiten, die eine medizinische und medizinnahere Nachnutzung berücksichtigen.

V. Angaben zum Bewerber

Geforderte Angaben	Vom Bewerber hier anzugeben bzw. als Anlage beizufügen
Unternehmensbezeichnung	
Anschrift / Sitz	
Darstellung der wirtschaftlichen Verknüpfung mit anderen Unternehmen	
Kontaktperson	
Telefon	
E-Mail	
Homepage	
Rechtsform; bitte HRG-Auszug beilegen (sofern möglich)	
Jahr der Unternehmensgründung	
Tätigkeitsschwerpunkt	

B. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Anlagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

I. Erklärung über das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach §§ 123 Abs. 1 und Abs. 4, 124 Abs. 1 GWB

§ 123 GWB	Eine Rechtskräftige Verurteilung oder eine Festsetzung einer Geldbuße nach § 30 OWiG wegen:	Liegt <u>nicht</u> vor	Liegt vor
Abs. 1 Nr. 1	§ 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland)	☐	☐
Abs. 1 Nr. 2	§ 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen	☐	☐
Abs. 1 Nr. 3	§ 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte)	☐	☐
Abs. 1 Nr. 4	§ 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 5	§ 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 6.	§ 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),	☐	☐
Abs. 1 Nr. 7	§ 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),	☐	☐

Abs. 1 Nr. 8	den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),	☐	☐
Abs. 1 Nr. 9	Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder	☐	☐
Abs. 1 Nr. 10.	den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).	☐	☐
§ 123 GWB	Von der Teilnahme am Verfahren können Bewerber oder Bieter ausgeschlossen werden, wenn	Liegt nicht vor	Liegt vor
Abs. 4 Nr. 1	das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde	☐	☐
§ 124 GWB	Von der Teilnahme am Verfahren können Bewerber oder Bieter ausgeschlossen werden, wenn	Liegt nicht vor	Liegt vor
Abs. 1 Nr. 1	das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 2	das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 3	das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Abs. 3 ist entsprechend anzuwenden,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 4	der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 5	ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,	☐	☐

Abs. 1 Nr. 6	eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 7	das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,	☐	☐
Abs. 1 Nr. 8	das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder	☐	☐
Abs. 1 Nr. 9	das Unternehmen a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.	☐	☐

II. Erklärung über die Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister oder der Handwerksrolle des Sitzes oder Wohnsitzes des Bewerbers

Geforderte Angaben	Vom Bewerber hier anzugeben bzw. als Anlage beizufügen
Eintragung im Berufs- oder Handelsregister oder der Handwerksrolle gemäß § 6a EU Nr. 1 VOB/A	<i>Ich/Wir erkläre/n mit meiner/unserer Unterschrift, dass mein/unser Unternehmen ordnungsgemäß im Berufs- oder Handelsregister oder der Handwerksrolle eingetragen ist, sofern dies gesetzlich vorgeschrieben ist, und dass es gewerberechtlich ordnungsgemäß angemeldet ist bzw. entsprechende gewerberechtliche Erlaubnisse erteilt worden sind.</i> <i>Ein aktueller Berufs- / Handelsregistrauszug oder Auszug aus der Handwerksrolle kann vorgelegt werden.</i>

C. Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

I. Nachweis der Betriebshaftpflichtversicherung gemäß § 6a EU Nr. 2 lit. a) VOB/A

Hinweis: Betriebshaftpflichtversicherung über mindestens 5,0 Mio. € für Personenschäden und 5,0 Mio. € für sonstige Schäden. Die Ersatzleistung der Versicherung muss mindestens das Zweifache der o.g. Deckungssummen pro Jahr betragen. Der Nachweis bzw. die Erklärung der Versicherung darf nicht älter als 12 Monate sein und muss zusammen mit diesem Teilnahmeantrag vorgelegt werden. Bewerbergemeinschaften müssen einen entsprechenden Nachweis bzw. eine Erklärung für die Bewerbergemeinschaft oder für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorlegen. Eine projektbezogene Aufstockung der bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung im Auftragsfall wird akzeptiert, ist jedoch mittels schriftlicher Versicherungsbestätigung zusammen mit diesem Teilnahmeantrag vorzulegen.

Geforderte Angaben	Vom Bewerber hier anzugeben bzw. als Anlage beizufügen
Versicherer	
Deckungssummen Personenschäden	
Deckungssummen sonstige Schäden	
Der Nachweis, dass die Deckung der Betriebshaftpflichtversicherung entsprechend den Vorgaben der Vergabebekanntmachung vorhanden ist (aktuelle Erklärung des Versicherers, die nicht älter als 12 Monate ist)	

Schriftliche Erklärung des Versicherers, dass er im Auftragsfall bereit ist, eine Versicherung entsprechend der Bekanntmachung mit mir/uns abzuschließen	
--	--

II. Erklärung über den Gesamtumsatz in den letzten drei Geschäftsjahren gemäß § 6a EU Nr. 2 lit. c) VOB/A getrennt nach Bauleistungen und Objektplanung

Geforderte Angaben	Vom Bewerber hier anzugeben bzw. als Anlage beizufügen
Umsätze für Bauleistungen der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (gerechnet ab dem 01.01.2023)	2023: 2024: 2025:
Umsätze für Leistungen der Objektplanung der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (gerechnet ab dem 01.01.2023)	2023: 2024: 2025:

Hinweis: Gewichtung mit 15 %, maximal erreichbare Punktzahl = 5

Bewertung: Es wird der durchschnittliche Gesamtumsatz der Leistungen (kumulative Betrachtung der Bauleistungen sowie der Leistungen der Objektplanung) der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre bewertet

5 Punkte: ≥ 3,0 Mio. €

4 Punkte: ≥ 2,5 Mio. €

3 Punkte: $\geq 2,0$ Mio. €

2 Punkte: $\geq 1,5$ Mio. €

1 Punkt: $\geq 1,0$ Mio. €

0 Punkte: $< 1,0$ Mio. €

III. Erklärung über den Umsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren gemäß § 6a EU Nr. 2 lit. c) VOB/A für Leistungen, die mit den zu vergebenden Investorenleistungen zur Errichtung / zum Erhalt von medizinischer und / oder medizinnahe Infrastruktur (Planungs- und Bauleistungen für Gesundheitseinrichtungen, z. B. mit Praxen, Kliniken, MVZs und/oder Komplementäreinrichtungen) vergleichbar sind getrennt nach Bauleistungen und Objektplanung

Geforderte Angaben	Vom Bewerber hier anzugeben bzw. als Anlage beizufügen
Umsätze für Bauleistungen der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (gerechnet ab dem 01.01.2023)	2023: 2024: 2025:
Umsätze für Leistungen der Objektplanung der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (gerechnet ab dem 01.01.2023)	2023: 2024: 2025:

Hinweis: Gewichtung mit 20 %, maximal erreichbare Punktzahl = 5

Bewertung: Es wird der durchschnittliche Umsatz **vergleichbarer** Investorenleistungen zur Errichtung / zum Erhalt von medizinischer und / oder medizinnahe Infrastruktur (Planungs- und Bauleistungen für Gesundheitseinrichtungen, z. B. mit Praxen, Kliniken, MVZs und/oder Komplementäreinrichtungen) der letzten drei Jahre bewertet

5 Punkte: $\geq 1,5$ Mio. €

4 Punkte: $\geq 1,2$ Mio. €

3 Punkte: $\geq 1,0$ Mio. €

2 Punkte: $\geq 0,8$ Mio. €

1 Punkt: $\geq 0,6$ Mio. €

0 Punkte: $< 0,6$ Mio. €

D. Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit

I. Erklärung, aus der die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit ausgewiesenem technischen Leitungspersonal, ersichtlich ist gemäß § 6a EU Nr. 3 lit. g) VOB/A

Geforderte Angaben	Vom Bewerber hier anzugeben bzw. als Anlage beizufügen
Erklärung (jährliches Mittel) über die Anzahl der Führungskräfte der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (gerechnet ab dem 01.01.2023)	2023: 2024: 2025:
Erklärung (jährliches Mittel) über die Anzahl des technischen Leitungspersonals der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (gerechnet ab dem 01.01.2023)	2023: 2024: 2025:

Hinweis: Gewichtung mit 15 %, maximal erreichbare Punktzahl = 5

Bewertung: Es wird die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl, das heißt die Anzahl der festangestellten Mitarbeitenden zzgl. der Anzahl der Führungskräfte der letzten drei Jahre bewertet

5 Punkte: ≥ 25 Mitarbeitende inklusive Führungskräfte

4 Punkte: ≥ 20 Mitarbeitende inklusive Führungskräfte

- 3 Punkte: ≥ 15 Mitarbeitende inklusive Führungskräfte
2 Punkte: ≥ 10 Mitarbeitende inklusive Führungskräfte
1 Punkt: ≥ 08 Mitarbeitende inklusive Führungskräfte
0 Punkte: < 08 Mitarbeitende inklusive Führungskräfte

II. Angabe über die Ausführung von Leistungen in den letzten zehn abgeschlossenen Kalenderjahren, die mit den zu vergebenden Investorenleistungen zur Errichtung / zum Erhalt von medizinischer und / oder medizinnahe Infrastruktur (Planungs- und Bauleistungen für Gesundheitseinrichtungen, z. B. mit Praxen, Kliniken, MVZs und/oder Komplementäreinrichtungen) vergleichbar sind gemäß § 6a EU Nr. 3 lit. a) VOB/A

Geforderte Angaben	Vom Bewerber hier anzugeben bzw. als Anlage beizufügen
Nachweis von vergleichbaren Projekten seit 2016 bis Ablauf der Bewerbungsfrist; Die Referenzprojekte sind im Referenzdatenblatt als Anlage beizufügen	

Hinweis: Gewichtung mit 40 %, maximale erreichbare Punktzahl = 5

Bewertung: Die Qualifikation und Erfahrung des **Bewerbers** werden anhand von Nachweisen und Referenzen bewertet, die der Bewerber in den letzten zehn Jahren erbracht hat. **Bei der Bewertung werden die vom Bewerber im Referenzdatenblatt (Anlage 5) genannten Projekte (maximal zwei) herangezogen.** Die Höchstpunktzahl in diesem Eignungskriterium kann bei zwei vergleichbaren Referenzen erreicht werden.

Der Auftraggeber wird bei der Prüfung die vom Bewerber vorgelegten, zwei besten Referenzobjekte heranziehen. Voraussetzung für die Wertungsfähigkeit der Referenzen ist, dass es sich um

Referenzen des Bewerbers handelt, die nach ihrem Grad der Schwierigkeit den ausgeschriebenen Investorenleistungen zur Errichtung / zum Erhalt von medizinischer und / oder medizinnahe Infrastruktur (Planungs- und Bauleistungen für Gesundheitseinrichtungen, z. B. mit Praxen, Kliniken, MVZs und/oder Komplementäreinrichtungen) entsprechen. Jede Referenz wird zur Erfüllung dieser Eignungsvorgabe mit maximal 5 Punkten und 50 % bewertet. Die maximale Punktezahl in diesem Eignungskriterium kann mit zwei Referenzen, die jeweils alle Kriterien erfüllen (5 Punkte), erreicht werden.

Folgende Punktabzüge von der maximal erreichbaren Punktzahl von 5 werden bei den Referenzangaben vorgenommen, wenn dort die folgenden Nachweise **nicht** erfüllt werden:

- 1 Punkt: Art der Baumaßnahme ist ein Investorenprojekt zur Errichtung von medizinischer und / oder medizinnahe Infrastruktur auf einem ehemaligen Krankenhaus- bzw. Klinikgelände
- 1 Punkt: Das Grundstück, auf dem die Errichtung der Gesundheitsimmobilie realisiert wurde, hat eine Größe von $\geq 3.000 \text{ m}^2$
- 1 Punkt: Das Projekt umfasste mehrere Funktionen (z. B. Arzt-/Gesundheitspraxen, MVZ, medizinnahe Geschäfte o. ä.) und wies mehr als 2.500 m^2 BGF auf
- 1 Punkt: Die Projektkosten (Kostengruppen 300 - 600 nach DIN 276 ohne Umsatzsteuer) liegen bei $\geq 5,0 \text{ Mio. €}$
- 1 Punkt: Das Projekt ist bis zum 30.06.2026 in Betrieb gegangen oder steht unmittelbar vor der Inbetriebnahme

III. Beschreibung der technischen Ausrüstung und Maßnahmen des Bewerbers zur Qualitätssicherung (Nachweis eines Qualitätsmanagements und Darstellung der angewandten Qualitätssicherungsmaßnahmen) gemäß § 6a EU Nr. 3 lit. c) VOB/A

Hinweis: Gewichtung mit 10 %, maximal erreichbare Punktzahl = 5

Die Beschreibung soll dem Auftraggeber einen Einblick in die Maßnahmen des Bewerbers zur Gewährleistung der Qualität seiner Leistung ermöglichen. Erwartet werden Aussagen zu den nachfolgenden Themen, die in der Beschreibung klar gegliedert und getrennt dargestellt werden sollten:

- Werden Weiterbildungsmaßnahmen der Mitarbeitenden zur Qualitätssicherung durchgeführt und wie sehen diese Maßnahmen aus?
- Werden andere Aktivitäten zur Qualitätssicherung durchgeführt und wie sehen diese Maßnahmen aus?
- Wie wird die projektspezifische Qualitätssicherung zwischen Planung und Ausführung sichergestellt (mit grafischer, projektspezifischer Darstellung)?
- Gibt es gültige Zertifikate nach DIN ISO 9001 oder vergleichbar, welche den Bewerbungsunterlagen in Kopie beigelegt sind?
- Angaben über die technische Büro-Ausrüstung mit Erläuterung der eingesetzten Hard- und Software.
- Projektspezifische Darstellung von Maßnahmen zur Einhaltung der Qualitätsziele.

Folgende Bewertung nimmt der Auftraggeber in diesem Kriterium nach den vorgenannten Vorgaben an die Beschreibung vor:

0 Punkte: Darstellung fehlt oder ist inhaltlich unbrauchbar

- 1 Punkt: beschriebene Maßnahmen sind brauchbar, weisen aber erhebliche Schwächen auf
- 2 Punkte: beschriebene Maßnahmen sind von durchschnittlicher Qualität, weisen aber Schwächen in einzelnen Punkten auf
- 3 Punkte: beschriebene Maßnahmen sind von überdurchschnittlicher Qualität, weisen aber noch kleine Schwächen auf
- 4 Punkte: beschriebene Maßnahmen sind von überdurchschnittlicher Qualität und weisen keine Schwächen auf
- 5 Punkte: beschriebene Maßnahmen sind von deutlich überdurchschnittlicher Qualität und weisen besondere Qualitätsmerkmale auf

ERKLÄRUNG
zur Richtigkeit der Angaben

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung im Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen meinen/unseren Ausschluss von dieser und weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann.

Ich/Wir erkläre mich/uns damit einverstanden, dass durch den Auftraggeber zur Überprüfung der Angaben unter Wahrung der Vertraulichkeit gegebenenfalls ergänzende Unterlagen angefordert werden können.

Des Weiteren bestätige/n ich/wir mit meiner/unserer Unterschrift, dass ich/wir die Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb einer vollständigen Überprüfung unterzogen habe/n und das Vorhaben sowie die für das Verfahren geltenden Bedingungen mit der für den Teilnahmeantrag erforderlichen Genauigkeit beurteilen kann/können.

Ich/Wir erkläre/n mich/uns mit den aufgestellten Verfahrensregeln ausdrücklich einverstanden.

Datum, Bewerbername (Firma), Name Erklärender in Klargraph im Sinne des § 126b BGB und seine Position im Unternehmen

.....
.....

Hinweis:

Ist bei einer elektronischen Übermittlung in Textform der Erklärende nicht erkennbar, wird der Antrag ausgeschlossen.

<u>ANLAGENVERZEICHNIS</u>

- **Anlage 1** – Erklärung Bürgerbergemeinschaft
- **Anlage 2** – Verpflichtungserklärung Eignungsleihe nach § 6d EU Abs. 2 VOB/A
- **Anlage 3** – Wertungsmatrix Teilnahmewettbewerb
- **Anlage 4** – Einwilligung Datenweitergabe, Datenverarbeitung und Datenspeicherung
- **Anlage 5** – Referenzdatenblatt